



# Soziale, demokratische und ökologische Politik

Linksfraktion hat Bilanz ihrer Arbeit in einem Jahr Rot-Rot-Grün in Thüringen vorgelegt

Eine Bilanzbroschüre anlässlich der einjährigen Regierungszeit von Rot-Rot-Grün in Thüringen hat jetzt die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag herausgegeben. Der Titel lautet „Wir machen's gerecht – Ein Jahr #r2g“. Über das bisher Erreichte sowie die weiteren Aufgaben berichten die Arbeitskreise der Fraktion (einen Einblick dazu auf den Seiten 12 und 13 dieses Parlamentsreports). Im Serviceteil finden sich Informationen zur Fraktionsstruktur sowie Kontaktdaten der Abgeordneten – einschließlich ihrer Wahlkreisbüros – und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Vorwort der Broschüre heißt es: „Die Wahl von Bodo Ramelow zum ersten linken Ministerpräsidenten Deutschlands und die Bildung der rot-rot-grünen (#r2g) Landesregierung war ein politischer Meilenstein. Unser Ziel: eine soziale, demokratische und ökologische Politik. Im ersten Jahr haben wir schon eine Reihe von Versprechen eingelöst – einige Beispiele: Mehr neue Lehrerinnen und Lehrer kommen an die Schulen, für Angestellte und ArbeiterInnen gib es mit dem Bildungsfreistellungsgesetz endlich zusätzliche Bildungsmöglichkeiten, etwa 1.000 Stellen für Langzeiterwerbslose haben wir geschaffen, Mitbestimmung wurde durch die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre gestärkt, der Skandal-Verfassungsschutz wurde an die kurze Leine gelegt, die

Selbstbedienung aus Fraktionskassen für einzelne Abgeordnete wurde beendet, weitere Aufklärung zum Rechtsterrorismus eingeleitet, der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus zum gesetzlichen Gedenktag gemacht, den Kommunen mehr Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben zugewiesen und sozialer Wohnungsbau gestärkt.

Am 14. September 2014 haben die Wählerinnen und Wähler DIE LINKE mit 28,2 Prozent der Stimmen wieder als zweitstärkste Kraft in den Landtag geschickt. 28 Abgeordnete streiten nun für die Interessen der Menschen in Thüringen. DIE LINKE ist in dieser Ko-

Menschen in den ostdeutschen Bundesländern. Auch 25 Jahre nach der Vereinigung braucht der Osten eine starke Stimme, die bundesweit Gehör findet. Mit Bodo Ramelow haben wir einen Ministerpräsidenten, der glaubwürdig für unsere Interessen und gegen Benachteiligungen streitet.“

Einleitend schreibt die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow: „#r2g fasst mit frischer Kraft an, was die CDU viel zu lange liegen gelassen hat. Wir schieben die dringend nötige Verwaltungs-, Kommunal- und Gebietsreform an. Wir prüfen, wie Thüringen endlich aus dem von der CDU-Regierung geschlossenen Knebelvertrag mit dem Bergbaukonzern K+S und der Treuhand herauskommt, um nicht weiter Jahr für Jahr Milliardensummen zahlen zu müssen. Und wir streiten dafür, dass Thüringen ein gerechtes Stück vom Kuchen der Gelder und Arbeitsplätze des MDR bekommt und nicht weiter mit Almosen abgespeist wird.“

Egal, ob in der Opposition im Parlament, vor Ort in der Kommune, gemeinsam mit den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Verbänden auf der Straße oder nun in Verantwortung in der Landesregierung – unser Versprechen gilt: Wir machen's gerecht!“



alition die starke Stimme für soziale Gerechtigkeit, für gute Arbeit und gute Bildung – und zwar für alle Menschen! Wir stehen für einen ausgewogenen Ausgleich von Sozialem und Ökologie, für eine humane Flüchtlingspolitik und gegen Neonazismus sowie für eine friedliche Politik – wichtiger denn je, wo Kriege wieder näher rücken. Und DIE LINKE ist auch die Stimme der

## AKTUELL Die CDU „sitzt auf der Couch und nölt“

Wenn jetzt am 17. und 18. Dezember abschließend über den Landeshaushalt 2016/17 im Thüringer Landtag beraten wird, wird es keine Änderungsanträge der CDU-Oppositionsfraktion geben.

Für die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, eine „deutliche Bankrotterklärung“. Die CDU „sitzt auf der Couch und nölt“, sagte sie, nachdem Mike Mohring in der Landespressekonferenz vor der Landtagssitzung Rot-Rot-Grün scharf angegriffen hatte.

Der CDU-Fraktionschef hatte der Thüringer Koalition vorgeworfen, sie blähe den Haushalt unverantwortlich auf und mache das Land kaputt. Wörtlich sagte er, „die Landesregierung ruiniert, was die CDU aufge-

baut hat.“ Dies ließe sich mit Gegenanträgen der Opposition nicht reparieren, so die CDU-Begründung gegenüber der verblüfften Öffentlichkeit.

Der haushaltspolitische Sprecher der Linksfraktion, Mike Huster, hatte erklärt: „Eine Opposition, die nur pauschal kritisiert, aber keinen einzigen konkreten Änderungsvorschlag unterbreitet, versagt in der Königsdisziplin des Parlamentarismus.“ Damit offenbare der Fraktionsvorsitzende der CDU eine „unfassbare konzeptions- und inhaltslose Ideologie und eine schwache, sehr schwache Opposition“. Die Totalverweigerung der Fraktion von Mike Mohring bei der Beratung des Landeshaushalts sei eine Zumutung für den Landtag in einer demokratisch verfassten Gesellschaft.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN hatte gegenüber den Landesjournalisten betont, dass Rot-Rot-Grün im Doppelhaushalt deutliche Schwerpunkte setzt. Sie verwies auf die zusätzlichen Mittel für die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge in Thüringen, auf die verstärkte Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern, auf den Stellenabbaustopp bei der Polizei, auf die Tarifsteigerung für Beamte oder auf den sozialen Wohnungsbau. Die Koalitionsfraktionen haben sich auf eine Reihe von Änderungsanträgen verständigt. So informierte der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion Christian Schaft, über Nachbesserungen bei der Finanzierung des Thüringer Studentenwerks und den Haushaltsmitteln zur Sanierung von Mensen. ■

## KOMMENTIERT:

von Steffen Harzer

### Keine „Verspargelung“

Es ist nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund die CDU-geführten Regionalen Planungsgemeinschaften (RPG) eine eigene Studie zur Windkraftnutzung in Thüringen in Auftrag geben. Die letzte Landesregierung hatte dazu bereits im Oktober 2013 die Döpel Landschaftsplanung aus Göttingen beauftragt. Die Studie wurde im Februar fertiggestellt und den Regionalen Planungsgemeinschaften am 22. April als Grundlage für die Teilpläne Wind übergeben, eine Ergänzung im November mit Gebieten in Thüringen, die von der ersten Studie nicht erfasst wurden. Generell sind der Stand der technischen Entwicklung und die aktuelle Rechtsprechung zu harten und weichen Standortfaktoren berücksichtigt worden, ebenfalls die möglichen Strommengen und die neuesten Entwicklungen beim Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG). So wurden die Gunsträume ergebnisoffen danach ermittelt, wo ein ausreichendes Windpotential ab 5,9 m/s in 140 Meter Nabenhöhe vorhanden ist. Die Begründung der RPG für die Studie geht daher fehl, wenn lediglich auf eine Nabenhöhe von 100 Meter verwiesen und argumentiert wird, dass damit den neuesten technischen Entwicklungen nicht Rechnung getragen wird.

Ich bin der Überzeugung, auch aus meiner Erfahrung als Bürgermeister von Hildburghausen, wo ich 18 Jahre in der RPG Südwestthüringen mitgearbeitet habe, dass die Regionalen Planungsgemeinschaften Steuergelder in Höhe von 80.000 Euro verschwenden. Hintergrund dieser unsinnigen Beauftragung ist offenbar die ideologische CDU-Diskussion gegen die Windkraft in Thüringen. Infolge der gerichtlichen Auserkennung der Teilpläne Wind in Ost- und Mittelthüringen ist es aber nun notwendig, dass die betroffenen RPG und ihre Präsidenten (CDU-Mandatsträger) handeln, um eine „Verspargelung“ der Landschaften zu verhindern. Hier auf Zeit zu spielen, ist der falsche Weg, da mit laufenden Genehmigungsverfahren, entsprechend der Rechtslage, Windkraftanlagen auch außerhalb der vorgesehenen Vorranggebiete entstehen können. Die Firma Döpel Landschaftsplanung arbeitete bereits seit 1996 für die CDU-geführten Landesregierungen an der Potentialermittlung von Windenergie in Thüringen, warum gerade jetzt die CDU an der Fach- und Sachkompetenz der Firma zweifelt, kann sachlich nicht nachvollzogen werden. ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Falsches Zeichen

Die Wahl des ehemaligen Ministers des Freistaates Sachsen und Fraktionsvorsitzenden der CDU im Sächsischen Landtag, Steffen Flath, zum Vorsitzenden des MDR-Rundfunkrates bezeichnete der medienpolitische Sprecher der Linksfraktion, André Blechschmidt, als „ein falsches medienpolitisches Zeichen“. Er verwies auf die derzeit mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Fernsehrat stattfindende öffentliche Diskussion zur Staatsferne bei der Besetzung von Aufsichts- und Kontrollgremien in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. In dem Urteil werde nicht nur eine breitere Aufstellung gesellschaftlich relevanter Kräfte eingefordert, sondern gleichzeitig deren Gewicht innerhalb der Gremien durch Besetzung von verantwortlichen Funktionen als notwendige Veränderung mit Blick auf die Vergangenheit angeordnet. Die Auffassung, dass Flath seit über einem Jahr nicht mehr politischen und parlamentarischen Vertretungen angehöre und somit doch eine entsprechende Karenzzeit hinter sich habe, bezeichnet André Blechschmidt als „faden-scheinig und irreführend“.

### Scheinmitarbeiter wurde ausgeschlossen

Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen Christian Schaft (DIE LINKE), Eleonore Mühlbauer (SPD) und Olaf Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verhinderten am 10. Dezember im Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft des Thüringer Landtages, dass der AfD-Mitarbeiter Torben Braga an der Ausschusssitzung teilnehmen konnte. Braga sei bereits in seiner Funktion als AfD-Praktikant als störender Teilnehmer in Gremiensitzungen aufgefallen. Zu Beginn der Ausschusssitzung wurde er schließlich auf Initiative der Koalitionsfraktionen und auf Empfehlung der Landtagsverwaltung durch die Mehrheit der Ausschussmitglieder von der Sitzung ausgeschlossen.

Die AfD hat Herrn Braga gemäß seinem Arbeitsvertrag in der Entgeltgruppe 1 eingeordnet. Diese ist für einfachste Unterstützungstätigkeiten vorgesehen. Nach Auffassung der Landtagsverwaltung steht die vorgenommene Eingruppierung im klaren Widerspruch zur Aufgabe der im Ausschuss beratend wirkenden Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, welche eine wissenschaftliche Betätigung darstellt. Der Ausschuss folgte dieser Argumentation und verwies zudem auf die Unverantwortlichkeit der AfD, hier prekäre Beschäftigung zu fördern.

# Vor dem Azubi-Ticket

## Neue Richtlinie ab 2016 weitet den Kreis der Antragsberechtigten enorm aus

**„Schüler- und Auszubildendenticket zügig einführen – Jugendliche und Eltern entlasten“, so lautete ein Beschluss – getragen von den Fraktionen der Koalition und der CDU! –, den der Landtag am 26. November gefasst hat. In der Debatte hatte die Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Birgit Keller (LINKE), darauf hingewiesen, dass Schüler und Auszubildende mit dem ÖPNV (Öffentlichen Personennahverkehr) „bereits jetzt thüringenweit preiswerter fahren. Wenn sie Wochen-, Monats- oder Jahreskarten erwerben, erhalten sie 25 Prozent Rabatt gegenüber den Jedermannpreisen. Diese Mindereinnahme gleicht das Land den Verkehrsunternehmen aus“.**

Da die Realisierung eines thüringenweiten Azubitickets noch etwas Zeit in Anspruch nehmen werde, „um aber kurzfristig Abhilfe schaffen zu können“, wies die Ministerin auf die Richtlinie über Zuschüsse an Berufsschüler hin. Danach können „nicht nur Fahrtkosten erstattet, sondern auch Zuschüsse für Unterbringung und Verpflegung, und das an einen zukünftig erweiterten Kreis von Anspruchsberechtigten, gewährt werden. Eine Änderung der Richtlinie mit Wirkung ab dem Jahr 2016 ist bereits vorbereitet. Geplant ist, den Kreis der Anspruchsberechtigten erheblich zu erweitern“.

Die ausbildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kati Engel, hatte in ihrer Rede auf den Ausgangspunkt der Debatte hingewiesen, nämlich den Antrag der CDU-Fraktion mit der Anforderung an die Landesregierung, ein Konzept zur Einführung eines vergünstigten, thüringenweit einheitlichen Schüler- und Auszubildendentickets zu entwickeln. Die Abgeordnete sagte: „Die LINKE unterstützt natürlich diesen Antrag, denn es ist ja unserer. Die

CDU hat nämlich fast wortgenau den Antrag der Fraktion DIE LINKE von 2014 eingereicht. Wir brauchen in Thüringen ein Auszubildendenticket. Darin sind wir uns einig. Denn bisher besteht für Auszubildende weder ein gesetzlicher Anspruch auf Beförderung noch auf Erstattung ihrer Fahrtkosten. In den Verkehrsverbänden sind lediglich unterschiedliche Angebote für Schüler- und Azubi-Monatskarten vorhanden, die aber meist nicht wesentlich günstiger sind, zumal auch diese Kosten in der Regel allein von den Schülern und Auszubildenden aufgebracht werden müssen. Durch den demografischen Wandel sind wir konfrontiert mit einer abnehmenden Anzahl von Klassen und Schulen. Das hat zur Folge, dass die Wege zwischen Wohnort und Berufsschule für Auszubildende immer länger werden, während gleichzeitig ihre Ausgaben für Fahrt- und Unterbringungskosten stetig steigen.“

### Kostenrückerstattung gestaffelt nach Höhe der Ausbildungsvergütung

In der Vergangenheit seien wiederholt Fälle bekannt geworden, in denen sowohl Schüler als auch Auszubildende den Schulort oder den Ausbildungsgang gewechselt haben, weil für sie die Fahrtkosten nicht zu bewältigen waren oder aber der Schul- oder Arbeitsort zu schlecht mit dem öffentlichen Personennahverkehr zu erreichen war. Dabei beschränkte sich die gerade für junge Menschen wichtige Mobilität nicht auf den Bereich Schule und Ausbildung, sondern sie wirke auch in Freizeit und Familie hinein, und dies vor allem im ländlichen Raum. Kati Engel weiter: „Außerdem ist eine bessere Unterstützung Auszubildender auch ein wichtiger Punkt, um die Ausbildungsattraktivität in Thüringen zu stärken, Abbrüche zu vermeiden und der Abwanderung

junger Fachkräfte entgegenzuwirken.“ Bei der neuen Richtlinie seien „Antragsberechtigte nicht mehr nur Auszubildende, die von sozialer Härte betroffen sind, denn eine Kostenrückerstattung erfolgt nun gestaffelt nach der Höhe der Ausbildungsvergütung. Auch Auszubildende, die keinen Blockunterricht besuchen, haben nun das Recht, einen Antrag zu stellen. Die Mindestfahrzeit wurde von täglich vier Stunden auf zwei Stunden halbiert. Damit wurde der Kreis der Antragsberechtigten enorm ausgeweitet. Außerdem können Anträge jetzt bereits nach drei Monaten gestellt werden, ohne das als Härtefall begründen zu müssen.“

Auch die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Gudrun Lukin, ergriff in der Debatte das Wort und sagte mit Bezug auf das Semester-ticket für Studenten, dass Azubis leider „weder eine Form eines Studentenwerks haben, das Verhandlungspartner gegenüber der Bahn ist, noch eine thüringenweite Azubivertretung, die das Mandat hat, für die Azubis mit den Bus- und mit den anderen Verkehrsunternehmen, beispielsweise der Deutschen Bahn, zu verhandeln“.

Zudem gebe es nach wie vor keinen thüringenweiten Verkehrsverbund. „Das heißt also, wir haben eine unterschiedliche Aufgabenträgerstruktur, unterschiedliche Tarifstrukturen. All das muss bei der konzeptionellen Diskussion mitbedacht werden. (...) Im Zusammenspiel mit den Verkehrsunternehmen, mit den Azubivertretungen, mit Elternvertretungen, mit dem DGB und den Arbeitgeberverbänden, die übrigens sehr interessiert daran sind – beispielsweise hat die IHK Südthüringen ein Azubiticket auch schon favorisiert –, haben wir natürlich noch einiges zu tun.“ Dazu gehöre auch die Frage, wie es mit länderübergreifenden Regelungen aussehe, so Dr. Gudrun Lukin.

### Treffen kommunaler Amtsträger

Anknüpfend an eine mittlerweile gute Tradition trafen sich knapp 20 haupt- und ehrenamtliche kommunale Amtsträger Anfang Dezember auf Einladung der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, zu einer zweitägigen Arbeitstagung in Elgersburg.

Dabei wurden intensiv die Ergebnisse des ersten Jahres der rot-rot-grünen Landesregierung insbesondere mit Blick auf die Auswirkungen auf die kommunale Ebene ausgewertet und diskutiert.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte des Treffens waren die bislang vorliegenden Ergebnisse der Beratungen des Doppelhaushaltes für die Jahre 2016/17, die Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs, der derzeit breit in der öffentlichen Diskussion stehende Entwurf eines kommu-



nalen Leitbildes „Zukunftsfähiges Thüringen“ und aktuelle Fragen der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung.

M. Gärtner

# Verunglimpfungen und Herabwürdigungen

Nach unsäglicher AfD-Rede wandte sich André Blechschmidt an die Landtagsbesucher

**Im Rahmen der Debatte zum Thüringen-Monitor 2015, zu dem Ministerpräsident Bodo Ramelow am 26. November im Landtag eine Regierungserklärung abgegeben hatte, hielt der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Björn Höcke, eine besonders unsägliche Rede, auf die entgegennend sich André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, vor allem auch an die Schülergruppen auf der Besuchertribüne wandte.**

Den Thüringen-Monitor – eine Langzeit-Studie der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur politischen Kultur und zur persönlichen Lage der Thüringerinnen und Thüringer – bezeichnete Höcke als „linksideologisches Machwerk“, den Rechtsextremismus nannte er einen Kampfbegriff, der „permanent angewendet und missbraucht“ werde.

Organisationen wie ezra und Move it warf er vor, dass sie vom Rechtsextremismus leben und also gezwungen seien, „die Gefahrenlage akut zu halten, weil sie sonst ihre Finanzierung gefährden“ würden. Die entsprechenden Einschätzungen seien „wissenschaftlich völlig wertlos“.

Und, so Höcke weiter: „Weil es keinen Bedarf gibt, soll der Thüringen-Monitor einen neuen schaffen, für die Vereine und Institutionen der linken Netzwerke, mit diesen vielfach verbundene Abgeordnete der Regierungskoalition und der Landesregierung. Das Ganze nennt man dann Bedarfswerbung statt Bedarfsdeckung. Das ist die Devise der Landesregierung. Dieser Thüringen-Monitor, sehr verehrte Landesregierung, liefert Ihnen die Zahlen, mit denen Sie den Kampf gegen Extremismus in einen Kampf gegen Rechtsextremismus pervertieren. Diesen Monitor nutzen Sie als ideologische Augenklappe, mit der Sie die Gefahren des Linksextremismus und des Islamischen Terror-

ismus ausblenden können. Dieser Monitor dient Ihnen als Grundlage für die zahlreichen sogenannten bunten Programme des Landes und die Finanzierung des Demonstrationstourismus. Dieser Monitor, diese methodisch zweifelhafte Studie, verschafft Ihnen die Legitimation für die Bespitzelung der Bürger durch eine neue, durch die geplante Dokumentationsstelle. Kurz, um das zusammenzufassen: Dieser Monitor stellt das ideologische Trom-

Demokratiezentrum in diesem Land gilt. Dort, wo Volksvertreter zusammenkommen, die in freier Wahl seit 1990 über die Entwicklung dieses Landes, über Gesetze, über Anträge diskutieren, unterschiedlicher Meinung sind, auch unterschiedlicher Temperamentslagen, das erleben wir immer wieder, aber das ist ihre Aufgabe, sich hier zusammenzufinden und in vernünftiger gegenseitiger Achtung Meinungen auszutauschen.“ (weiter siehe *Kasten links*)

## Und nicht mit Hass und Vorurteilen

*„Dabei geht es darum, dass man nicht mit Verharmlosungen, mit Verunglimpfungen, mit Herabwürdigungen, mit Beleidigungen hier versucht, seine Argumente in den Vordergrund zu stellen. Und nicht nur in den Vordergrund zu stellen, sondern der Auffassung zu sein, dass man die einzig wahre Meinung hier vertritt. Und immer wieder nehmen wir zur Kenntnis, hier in diesem Haus soll es Altparteien geben, und es gibt eine neukluger Fraktion.“*

*Wir sind alle hier, um Meinungsstreit zum Wohle dieses Landes zu führen und das tun wir mit Aufrichtigkeit und nicht mit Hass und Vorurteilen.“*

*André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion, zur Rede von Björn Höcke (AfD)*

melfeuer dar, mit dem Sie Ihre kryptokommunistische, antibürgerliche Großoffensive starten wollen.“

Der AfD-Scharfmacher stellte sich die Frage, „was machen wir mit dem Ding?“. Diese könne er „natürlich relativ leicht beantworten“ – „ich habe zu Hause einen Holzofen – Pünktchen, Pünktchen, Pünktchen!“.

Dazu der Zwischenruf von Astrid Rothe-Beinlich, aus der Grünen-Fraktion: „Mit Bücherverbrennung kennen Sie sich ja aus!“.

**Mit Blick auf die Besuchertribüne erklärte daraufhin André Blechschmidt:** „Liebe Schülerinnen und Schüler, wir befinden uns hier im Thüringer Landtag, also dem Ort, der als

Zu Höckes Verunglimpfungen der Verfasser des Thüringen-Monitors sagte André Blechschmidt: „Da wird die Autorengruppe um den Prof. Best in die Ecke gestellt und es wird gesagt, das, was dort gemacht wird, das ist im Grunde genommen schon vorgeschrieben und kann überhaupt nicht dazu dienen, dass sich die Abgeordneten hier eine entsprechende Meinung bilden können. Nein, der Monitor hat in den letzten Jahren immer dazu beigetragen, auch wenn die einzelnen Fraktionen nicht immer alle Argumente oder Analysen dort mitgetragen haben, dass wir für dieses Land Politik gestalten konnten. Ich bin ausdrücklich auch den vorhergehenden Landesregierungen dankbar, diesen Monitor eingeführt und fortgeführt zu haben. Ich gehe davon aus, dass auch in Zukunft dieser Monitor wichtiger Bestandteil bei der gesellschaftspolitischen Analyse in diesem Land ist. Dafür wird diese Koalition – und ich gehe davon aus auch die CDU – eintreten.“

## Traditionshandwerk

„Von der Tradition hinein ins Moderne – Ausbildung im Thüringer Traditionshandwerk“, so der Titel einer öffentlichen Ausstellung im Funktionsgebäude des Landtags, die noch bis zum 19. Januar besichtigt werden kann. In der Schau präsentieren sich mit Exponaten die Berufsschule Bad Salzungen, die Schnitzerschule Empfertshausen, die Glasblärschule Sonneberg und die Büchsenmacherschule Suhl. Neben der Vorstellung der genannten Berufsschulen sind handwerkliche Arbeiten und Raritäten aus deren Archivbestand zu sehen. Mit Blick auf die Pflege des Thüringer Handwerks wird die Arbeit in traditionellen Berufen gezeigt. Damit soll das Interesse für eine dortige Ausbildung geweckt werden. ■

## Personalvertretung

Die Erfahrungen in der Anwendung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (ThürPersVG) und dessen Novellierungsbedarf stehen im Mittelpunkt einer Veranstaltung, zu der die Linksfraktion für Dienstag, 19. Januar, 17.00 bis 19.30 Uhr in den Thüringer Landtag, Raum F 101, einlädt. Den Einführungsvortrag hält Frank Schönborn, Vorsitzender der AG der Hauptpersonalräte. Zu den Anforderungen an ein wirksames Personalvertretungsrecht spricht Sandro Witt, stellvertretender Bezirksvorsitzender des DGB-Bezirk Hessen-Thüringen. Nach der Diskussion gibt Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, einen Ausblick auf die Änderungsmöglichkeiten des ThürPersVG. ■

## Oberhof

Nachdem der für Tourismus zuständige Koalitionsarbeitskreis der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Grüne sich in Oberhof über den Umsetzungsstand der vom Land geförderten Investitionen informiert und das H2Oberhof, das neue Stadtzentrum und das Multifunktionsgebäude am Grenzdorfer besucht hatte, sagte Knut Korschewsky, Sprecher für Tourismus der Linksfraktion: „Durch die Verbindung von Sport, Natur und Kultur hält Thüringen ein attraktives touristisches Angebot bereit, das ganzheitlich vermarktet werden muss.“ Von den über 38 Millionen Euro Landesinvestitionen in Oberhof flossen 18,8 Millionen Euro in die touristische Infrastruktur und 6,4 Millionen Euro für die Sadtentwicklung. ■

## VON A BIS Z:

### NPD-Verbotsverfahren

Die Linksfraktion begrüßt die Eröffnung des NPD-Verbotsverfahrens durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. „Ein hoffentlich erfolgreiches NPD-Verbot ändert allerdings nichts an konkreten Bedrohungen, rassistischen Ausschreitungen und zunehmenden neonazistischen Aktivitäten“, so MdL Katharina König. „Es gibt längst diverse Ersatzstrukturen, die massiv von NPD-Mitgliedern genutzt werden oder durch diese gegründet wurden. Im Falle eines erfolgreichen Verbotes darf es nicht passieren, dass zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen Neonazis, Rassismus und Antisemitismus nachlässt oder nicht mehr die entsprechende Unterstützung erfährt.“

Unabhängig von der grundsätzlichen Debatte über Parteiverbote sei ein NPD-Verbot angesichts der strukturellen und organisatorischen Verankerung der NPD insbesondere in den neuen Bundesländern und der darüber erfolgenden Finanzierung von Nazi-Strukturen aus öffentlichen Mitteln eine begrüßenswerte Entwicklung, weil mit einem erfolgreichen Verbot eine enorme Schwächung bestehender Netzwerke von Neonazis einhergehe.

Am Beispiel Thüringens verweist Katharina König beispielhaft auf das ehemalige „Braune Haus“ in Jena, welches durch den mutmaßlichen NSU-Unterstützer und NPD-Funktionär Ralf Wohlleben zu einem der entscheidenden Neonazi-Zentren in Ostdeutschland ausgebaut worden war. ■

## WICHTIGE TERMINE

### Plenarsitzungen des Thüringer Landtags:

Unmittelbar bei Herausgabe dieses letzten diesjährigen Parlamentsreports finden auch die letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags in diesem Jahr statt – vom 16. bis 18. Dezember. Im Jahr 2016 startet der Landtag mit Sitzungen vom 27. bis 29. Januar. Weitere Sitzungen sind anberaumt am 24. und 25. Februar sowie am 16. und 17. März.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:  
[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## KURZ UND PRÄGNANT

### Pro Jahr werden 500 neue Lehrer eingestellt

„Pro Jahr stellen wir in Zukunft 500 LehrerInnen neu ein, 2015 haben wir damit begonnen. Wir wollen Unterrichtsausfall bekämpfen und haben mit 100 LehrerInnen eine thüringenweite Vertretungsreserve geschaffen. Bildung ist ein wichtiger Schritt zu gelingender Integration. Um ausländischen Kindern das Lernen in Thüringer Schulen und der deutschen Sprache zu erleichtern, werden wir im Fach Deutsch als Zweitsprache in den nächsten zwei Jahren zusätzlich 100 LehrerInnen und 300 LehrerInnen mehr als bisher geplant beschäftigen.“

Schulentwicklung ist ein wichtiger Punkt auf unserer Tagesordnung. Wir wollen thüringenweit Gemeinschaftsschulen ausbauen. Eine Fachtagung zu Beginn des Jahres 2016 soll Wege und Maßnahmen zu längerem gemeinsamen Lernen aller Schülerinnen und Schüler in Gemeinschaftsschulen diskutieren.“

*Aus der jetzt erschienenen Bilanzbroschüre der Fraktion DIE LINKE „Wir machen's gerecht – Ein Jahr #r2g“*

# Bilanz über ein Jahr #r2g

**Rot-Rot-Grün will eine nachhaltige Sozial- und Arbeitspolitik. Das bedeutet, Hilfebedürftige zu unterstützen, Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen, Familien zu fördern und Pflege- und Gesundheitspolitik auch an den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft auszurichten.**

Rot-Rot-Grün bringt Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung. Seit Oktober 2015 bekommen etwa 1.000 Langzeitarbeitslose mit einer öffentlich geförderten Beschäftigung im Interesse des Gemeinwohls wieder die Chance, einer Beschäftigung nachgehen zu können – ein wichtiger Schritt, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Insbesondere für ältere Menschen ein möglicher Wiedereinstieg ins Erwerbsleben.

Rot-Rot-Grün will eine moderne und bessere Familienpolitik. Ein Ziel ist das kostenfreie Kindergartenjahr in Thüringen ab 2018. Familien sollen so unterstützt werden, die wichtige Bildung ihrer Kinder in Kitas und Kindergärten gewährleisten zu können. Mit der Abschaffung des Landeserziehungsgeldes, der sogenannten „Herdprämie“, soll nicht mehr das Zuhausebleiben von Kindern gefördert werden, sondern die Mittel des Landes sollen in

bessere frühkindliche Bildung investiert und für das kostenfreie Kitajahr genutzt werden.

#r2g hat dafür gesorgt, dass das Blindengeld ohne Befristung in Thüringen weiter gezahlt wird. Ziel ist es, schrittweise das Thüringer Blindengeld auf den bundesweiten Durchschnitt zu erhöhen und einen Nachteilsausgleich auch für gehörlose und taubstumme Menschen zu schaffen. Die erste Erhöhung des Landesblindengeldes wird es 2016 geben.

Eine gute ärztliche Versorgung im ländlichen Raum ist für ein lebenswertes Thüringen wichtig. Deshalb fördert #r2g die Niederlassung von Ärzten und begegnet so dem Ärztemangel. Eine nachhaltige Gesundheitspolitik erfordert auch eine vernünftige Krankenhausplanung. Rot-Rot-Grün erarbeitet derzeit den aktuellen Thüringer Krankenhausplan zusammen mit allen Beteiligten und will Sicherheit in der Krankenhausplanung schaffen.

Eine Krankenversicherungskarte für Asylbewerber soll eingeführt werden, um menschenwürdige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten und die Verwaltung zu entlasten.

#r2g hat mit der weiteren Ausgestaltung des Thüringer Pflegepaktes begonnen, den Bereich der Pflege deutlich zu verbessern. Gute Pflege bedeu-

tet unter anderem, eine hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine Erhöhung der Vergütung der Pflegeleistung. Wichtig ist aber vor allem, die Entlohnung der Beschäftigten zu verbessern.

„Älter werden – aktiv bleiben – Seniorenmitwirkung in Thüringen“ lautete das Thema der Seniorenkonferenz unserer Landtagsfraktion im Sommer 2015. Sie war der Startschuss für die Erarbeitung eines Seniorenmitbestimmungsgesetzes. Die kommunalen Strukturen für die Mitwirkung von Senioren sollen damit gestärkt und eine bessere Teilhabe ermöglicht werden.

Die auskömmliche Finanzierung der Thüringer Frauenhäuser und Interventionsstellen für von Gewalt bedrohte Frauen und deren Kinder wurde durch Rot-Rot-Grün gesichert. Mit der Benennung der ersten Gleichstellungsbeauftragten der LINKEN in Thüringen wurde ein weiterer Schritt für die Stärkung von Frauenrechten und die tatsächliche Interessenvertretung aller Frauen in Thüringen gegangen. Ein neues Frauenreferat im zuständigen Sozialministerium unterstützt ihre Arbeit.

Die Benennung eines neuen Beauftragten für Menschen mit Behinderung erfolgt zu Beginn des Jahres 2016.

## Rot-Rot-Grün will starke Kommunen

**Rot-Rot-Grün will starke Kommunen. Unser alltägliches Leben wird auch durch die Finanzstärke, also die Handlungsfähigkeit der Kommunen bestimmt. Das Angebot in der Kommune an Kultur, Jugendarbeit, sozialer Unterstützung, gutem Wohnen, Schwimmbädern, bezahlbarer Energie oder öffentlichen Verkehrsmitteln entscheidet über unsere Lebensqualität.**

Damit die Thüringer Kommunen ihre Aufgaben besser erledigen können, hat Rot-Rot-Grün 2015 als eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung zusätzliche 102,4 Millionen Euro frisches Geld zur Verfügung gestellt. Zusammen mit 30 Millionen Euro aus Bedarfszuweisungen und drei Millionen Euro Winterdienstkosten aus Landesmitteln wurden so die im Koalitionsvertrag zugesagten zusätzlichen Mittel von 135 Millionen Euro für die Kommunen gezahlt.

Doch allein mit diesem Hilfspaket kann die Finanzsituation der Kommunen langfristig nicht verbessert werden. Deshalb hat #r2g die Neuordnung der kommunalen Finanzierung durch das Land auf den Weg gebracht. Jeweils 1,9 Milliarden Euro will Rot-Rot-Grün für die Kommunen aus Landesmitteln pro Jahr zur Verfügung stellen. Zusätzlich dazu kommen zum Beispiel Bundesmittel für Sozialausgaben oder die Erstattung der Flüchtlingskosten. Zahlreiche Vorschläge unserer Fraktion, wie etwa die Anhebung der Mittel für Kinder und Sozialkosten oder die Besserstellung der Kurorte, finden sich im Gesetzentwurf wieder. Zusätzliche

Impulse für freiwillige Gemeindegliederungen sind hingegen im kommunalen Finanzausgleich noch nicht enthalten.

Mit dem Start der öffentlichen Diskussion zum Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ wurde von der Koalition ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform gegangen. DIE LINKE streitet dafür, dass die Reform als Einheit von Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform umgesetzt wird. Ein zentraler Bestandteil der Arbeit war die Begleitung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Dialogs mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Dachverband der Bürgerinitiativen zu Straßenausbaubeiträgen, bei dem Modelle der Erhebung dieser aus anderen Bundesländern intensiv diskutiert werden.

Im Bereich der Polizei ist mit der Evaluierung der Polizeistrukturreform durch eine Expertenkommission begonnen worden. Bis zum zweiten Quartal 2016 sollen die Ergebnisse vorliegen. Danach können notwendige Anpassungen vorgenommen werden. Der Stellenabbau bei der Polizei ist von #r2g angehalten und die Ausbildungskapazitäten für neue Polizisten sind erhöht worden. Hinsichtlich der Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten, der Errichtung einer unabhängigen Polizeivertrauens- und Beschwerdestelle für Polizeibeamte und für von Polizeimaßnahmen Betroffene sowie der Abkehr vom rechtswidrigen sogenannten „racial profiling“ gibt es derzeit intensive Beratungen mit den Koalitionspartnern.



Auf großen Zuspruch war im Sommer die von der Linksfraktion und der Senioren-AG der Landespartei DIE LINKE organisierte Seniorenkonferenz gestoßen. Unter dem Motto „Älter werden – aktiv bleiben – Seniorenmitwirkung in Thüringen“ wurden u.a. darüber diskutiert, wie das seit 2012 geltende Seniorenmitwirkungsgesetz zu einem Seniorenmitbestimmungsgesetz weiterentwickelt werden kann. Dabei sollen die kommunalen Strukturen gestärkt und eine wirkliche gesellschaftliche Teilhabe von Seniorinnen und Senioren gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang ist es auch das Ziel der Linksfraktion, den Landesseniorenrat und seinen Einfluss auf die Landespolitik zu stärken.

## Enquete-Kommission „Rassismus“ wird eingesetzt

Eine der Konsequenzen aus der jahrelang unentdeckten Mordserie des NSU und den Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses der 5. Legislaturperiode ist die Einsetzung einer Enquete-Kommission des Landtages zur Auseinandersetzung mit Rassismus. Die Kommission soll rassistische Einstellungen in Thüringen und ihre Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben sowie die daraus entstehende Gefahr für die Demokratie untersuchen.

Ergebnisse vorliegender Studien („Thüringen-Monitor“ der Universität Jena, „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig, „Deutsche Zustände“ der Universität Bielefeld) sollen in die Untersuchung mit einbezogen werden. Die Kommission soll Ursachen für das Entstehen und die Verbreitung rassistischer Einstellungen identifizieren und Handlungsempfehlungen für die Umsetzung zivilgesellschaftlicher und institutioneller Konzepte zur Zurückdrängung rassistischer Einstellungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insbesondere in den Bereichen zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung, administrativen Verwaltungshandelns, Bildung, Medien, Kultur, Arbeitswelt entwickeln.

## DAS THEMA

# Flüchtlings- und Integrationspolitik

Trotz der großen Herausforderung hat Thüringen bisher die Situation gut im Griff

In den letzten Monaten war es vor allem auch die Flüchtlingspolitik, die im Blickpunkt der Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag stand. Dazu heißt es in der Einjahres-Bilanz der Fraktion:

Im Koalitionsvertrag hat sich Rot-Rot-Grün darauf verständigt, dass sich Thüringen auf den Weg zu einer humanen Flüchtlingspolitik macht. Durch die gestiegene Zahl geflüchteter Menschen in den vergangenen Monaten war vor allem erst einmal die Aufnahme und Unterbringung der Menschen ein wichtiges Thema für uns.

Die Erstaufnahmekapazitäten in Thüringen wurden erweitert und mit dem ersten Thüringer Flüchtlingsgipfel startete parallel dazu im April 2015 der Dialog über eine Modernisierung der Thüringer Flüchtlingspolitik zwischen der Verwaltung, Flüchtlings- und Wohlfahrtsorganisationen sowie den engagierten Gruppen aus dem Bereich der Flüchtlingshilfe.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Landtag unter anderem beschlossen, die personelle Ausstattung der für Flüchtlinge zuständigen Abteilungen im Landesverwaltungsamt zu verbessern, die Betreuungspauschale zu erhöhen sowie die solidarische und ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in vielen Thüringer Gemeinden durch eine Ehrenamtskoordination zu unterstützen und so Willkommenskultur zu fördern.

Mittlerweile wurde eine Investitionskostenpauschale für die Unterbringung von Flüchtlingen in leeren Wohnungen eingeführt, und für die Sicherheit in Gemeinschaftsunterkünften werden

den Kommunen Kosten für die Bewachung ab 50 Plätzen erstattet.

Unsere Vorstellungen einer menschenrechtsorientierten Flüchtlings- und Integrationspolitik sind noch längst nicht umgesetzt, zum Beispiel gibt es in den Erstaufnahmestellen noch viele Probleme und Mängel, die behoben werden müssen. Doch trotz der ungewöhnlichen Umstände und

trotz der großen Herausforderung hat Thüringen bisher die Situation gut im Griff, anders als andere Bundesländer. Verantwortliches Handeln des Staates und eine humane Flüchtlingspolitik können zusammen funktionieren.

Ganz praktische Flüchtlingshilfe leisteten die drei rot-rot-grünen Landtagsfraktionen im September und Oktober 2015. Hunderte Menschen brachten

Tag für Tag Berge von Kleidung, Nahrung und Kinderspielzeug für die geflüchteten Menschen vorbei, die in der Erfurter Messehalle und den anderen Unterkünften Schutz gefunden hatten. In den Fraktionsräumen des Landtages wurden von Mitarbeitern der Fraktionen und unzähligen Ehrenamtlichen die Spenden gesichtet, sortiert, verpackt und ausgefahren. ■



## Aus der Fraktionsbilanz: Umwelt, Energie und Naturschutz

**Rot-Rot-Grün setzt in den Fragen von Umwelt, Energie und Naturschutz auf eine ökologische und nachhaltige Politik. Die wirtschaftlichen Chancen der Energiewende müssen wir für Thüringen nutzen. Als LINKE ist uns, gerade in der Energiepolitik, der Ausgleich zwischen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Interessen wichtig.**

Ein Schwerpunkt rot-rot-grüner Energiepolitik ist der Ausbau von Windenergie. Regelmäßig tauschen wir uns mit Fachleuten aus, zum Beispiel zu Fragen von Speichertechnologien oder auf unserer ersten Meininger Energiekonferenz unter dem Motto „effizient – regenerativ – dezentral“ im November 2015. Unsere Vorstellungen werden in die neue Energie- und Klimaschutzstrategie der Landesregierung einfließen.

Dringend ist eine Neuregelung des Thüringer Wassergesetzes. Insbesondere die Abwasserentsorgung in kleinen Orten braucht eine Lösung. Durch neue Kläranlagen können für die Menschen vor Ort unverträglich hohe Kosten entstehen.

Wir haben daher Vorschläge erarbeitet, um gute Regelungen zu finden. Die unteren Wasserbehörden werden vom

Ministerium bereits angehalten, herausgegebene Nachrüstbescheide außer Vollzug zu setzen.

Konsequenter Hochwasserschutz ist eine Maxime unserer Politik. Weil sich Natur nicht überlisten lässt, wird es auch ein „nächstes Hochwasser“ geben.

Doch die Menschen müssen das nicht schicksalhaft ertragen, sondern können Vorsorge treffen. In unserer Broschüre „Intakte Umwelt – unabdingbar für den weiteren Bestand menschlicher Lebensgrundlagen“ haben wir die wichtigsten Aspekte dafür zusammengefasst. Seit dem letzten großen Hochwasser 2013 verständigen sich die Fraktionen der LINKEN in den Ländern und im Bundestag über gemeinsame Strategien zum Hochwasserschutz – denn Wasser kennt keine Grenzen!



Die Entsorgungspraxis des Kalikonzerns K+S, der ein Werk in Unterbreizbach in Thüringen betreibt, ist seit Jahren ein wichtiges Thema unserer Fraktion. Salzhaltige Abwässer werden dort in Flüsse und in den Boden geleitet, feste Abfälle landen auf riesigen Halden. Zugleich fordert eine Europäische Wasserrahmenrichtlinie ab spätestens 2027 gute Wasserqualität für alle Flüsse und Grundwasserformationen. Unsere Fraktion macht sich dafür stark, dass keine neuen Versenkungen mehr zugelassen werden. Altlasten bereiten den Menschen in Thüringen weiter Sorgen. Nachdem 2013 die auch von uns

kritisierte Entscheidung getroffen worden war, die Verantwortung für die Sanierung von Altlasten auf die Landkreise zu übertragen, ist eine Rückführung der Zuständigkeit auf die Landesebene leider noch nicht gelungen.

Im Unternehmen K+S gibt es Grubenbereiche, in denen weiter Salz abgebaut wird, aber auch längst stillgelegte, von denen Risiken durch Altlasten ausgehen. Daraus erwachsen sich „Ewigkeitskosten“ in mehrstelliger Millionenhöhe, für die der Freistaat Thüringen seit Jahren alleine zahlt. Weil das nicht gerecht ist, fordern wir die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten. Ein dazu von uns mitgetragener Beschluss des Landtages wurde im Februar 2015 noch einmal erneuert.

Das umweltschädliche Fracking ist auch in Thüringen ein Thema, da bereits interessierte Unternehmen angeklopft haben. Zum Glück zog die Firma BNK Deutschland ihre Erkundungspläne zurück. Doch der Gesetzentwurf des Bundesumweltministeriums, der Fracking „zu Erkundungszwecken“ oder ab 3.000 Meter Tiefe ermöglichen will, beweist, dass weitere Aufmerksamkeit geboten ist. Wir sagen: Fracking muss verboten werden! ■

## KURZ UND PRÄGNANT

### Volle Unterstützung der Klage der GEW

„Das Vorgehen der Stadt Jena im Kita-Streik wäre, wenn es sich so bewahrheitet, ein erneuter Angriff auf Artikel 9, Absatz 3 des Grundgesetzes (Streikrecht) und offenbart ein Verständnis von Grundrechten, welches bestenfalls an die Kaiserzeit erinnert. An Oberbürgermeister Dr. Schröter appelliere ich: Besinnen Sie sich ihrer sozialdemokratischen Wurzeln und verhalten sie sich als Dienstherr zumindest neutral, wenn sie sich als Sozialdemokrat schon nicht solidarisch zeigen können!“, erklärte MdL Torsten Wolf mit Blick auf das Klageverfahren der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen (GEW) gegen die Stadt Jena. Bereits im Kita-Streik 2009 wollte die Stadt Jena mit einer einstweiligen Verfügung gegen den legitimen Streik vorgehen. Die Stadt Gotha scheiterte mit dem gleichen Ansinnen folgerichtig vor Gericht. Im Streik der kommunalen ErzieherInnen 2015 solidarisierten sich nicht nur sehr viele BürgerInnen mit den Streikenden, sondern neben Torsten Wolf auch die Elternsprecher der Stadt. ■

### Für Novellierung des Behindertengesetzes

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember hatte die behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange, erklärt: „Für 2016 hat sich die Politik eine Vielzahl anspruchsvoller Themen vorgenommen. Ich erinnere an das im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag formulierte Versprechen, dass der Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umgesetzt, aber vor allem auch gemeinsam mit Vereinen und Verbänden nochmals novelliert wird. Des Weiteren werde ich mich 2016 mit aller Kraft für die Novellierung des Thüringer Behindertengleichstellungsgesetzes stark machen. Dies kann nur gelingen, wenn Vereine und Verbände in die Erarbeitung zeitnah mit einbezogen werden.“ Von der folgenden Beratung mit den Partnern des Außerparlamentarischen Bündnisses zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention erhoffte sich die Abgeordnete eine Vielzahl neuer Anregungen für die Arbeit im Land.

Zur für Januar von der Landesregierung angekündigten Berufung des neuen Landesbehindertenbeauftragten Joachim Leibiger sagte die Abgeordnete: „Damit haben die Thüringer Menschen mit Behinderungen einen weiteren Ansprechpartner in eigener Angelegenheit.“ ■

# Thüringer Nachbarrecht wird modernisiert

Gesetzentwurf der Landesregierung wird derzeit im Thüringer Landtag beraten

**Nicht nur das vor Jahren populäre und sehr ironische Lied vom Maschendrahtzaun zeigt: Für das gezielte Zusammenleben zwischen Nachbarn sind (manchmal) – gerade wenn die Beteiligten selbst keinen vernünftigen Ausweg aus Konflikten finden – Mechanismen zur Konfliktlösung notwendig. Das Nachbarrecht stellt solche Regelungen zum Ausgleich widerstreitender Interessen bereit.**

Ziel ist es, dass es zwischen Nachbarn gar nicht erst zum Streit kommt. Als Beispiel seien hier die Bäume auf dem einen Grundstück und deren Laub auf dem anderen Grundstück genannt.

Nachbarrecht ist Ländersache. Auch in Thüringen gibt es ein eigenes Nachbarrechtsgesetz, in dem es um Abstände von Bäumen zur Grenze, um das Überbauen von Grundstücksgrenzen, aber auch um das sogenannte „Hammerschlag- und Leiterrecht“ geht. Hinter dem letztgenannten Begriffspaar verbergen sich Regelungen zur Frage, wie ein Nachbar ein Grundstück „mitbenutzen“ darf, um an seinem Grundstück und/oder Haus Bauarbeiten u.ä.

durchführen zu können. Mit der Behauptung der „Entbürokratisierung“ von Gesetzen und mit dem angeblichen Ziel der „notwendigen Deregulierung“ war von der damaligen CDU-Mehrheit neben anderen Gesetzen auch das Nachbarrechtsgesetz befristet worden.

Die PDS bzw. LINKE hat dieses Vorgehen grundsätzlich kritisiert, denn eine Befristung macht dann Sinn, wenn auch das Regelungsthema des Gesetzes nur eine bestimmte Zeit aktuell bleibt. Für „Dauerthemen“ wie das Nachbarrecht ist eine Befristung nicht sinnvoll. Man braucht sie auch nicht, um das Gesetz weiterentwickeln zu können. Der Landtag als Gesetzgeber darf immer handeln – vor allem, wenn er Nachbesserungsbedarf sieht.

### Thema Wärmedämmung

Die Landesregierung hat dem Landtag Änderungsvorschläge zum Nachbarrecht vorgelegt, die zur weiteren Bearbeitung in den Justizausschuss überwiesen wurden. Neben der notwendigen Entfristung – das Gesetz würde zum 31.12.15 ersatzlos auslau-

fen, Konflikte im Alltag wären vorprogrammiert – soll es auch inhaltliche Weiterentwicklungen geben.

Ein Schwerpunkt sind Regelungen, wie bei benachbarten Grundstücken und Gebäuden mit der Frage der Wärmedämmung umgegangen werden soll, wenn damit Abstandsflächen „unter die Räder kommen“ oder es wegen eines zu geringen Abstandes zwischen Gebäuden zum Konflikt kommen kann.

Das könnte dann akut werden, wenn der Abstand nicht ausreicht, um beide Gebäude mit optimaler Wärmedämmung nachzurüsten. Nach derzeitiger umstrittener Rechtslage kann der Nachbar seine Zustimmung verweigern, besonders wenn die Dämmung die Grundstücksgrenze überschreiten sollte. Hier soll es Neuregelungen geben, die dem Nachbar – in zumutbaren Grenzen – auferlegen, grenzüberschreitende Wärmedämmungen zu dulden, damit auch die ökologischen Interessen zum Zuge kommen.

„Dass die energetische Wärmedämmung von Gebäuden nicht nur dem einzelnen Grundstückseigentümer, sondern letztlich dem Allgemeinwohl dient, liegt auf der Hand. Energiesparmaßnahmen und nachhaltige Energienutzung sind Bestandteil des gesellschaftspolitischen Konzepts der Energiewende und diese beginnt im Kleinen, im eigenen Grundstück, und sie endet eben nicht an der Grundstücksgrenze“, so Dr. Iris Martin-Gehl, rechtspolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion in der Landtagsdebatte.

### Zurzeit läuft eine Anhörung von Organisationen und Fachleuten

Dies macht auch deutlich: rechtliche Regelungen sind gesellschaftspolitische Gestaltungsinstrumente – auch für das Zusammenleben im Alltag. Und: Solchen gesellschaftlichen Entwicklungen muss die Ausgestaltung von gesetzlichen Regelungen Rechnung tragen – nur dann taugen die Vorschriften auch zur Klärung von unterschiedlichen Interessenlagen der Beteiligten bzw. Nachbarn.

Zurzeit läuft eine Anhörung von Organisationen und Fachleuten zum Gesetzentwurf – vom Oberverwaltungsgericht bis zur Handwerkskammer. Die Ausschussmehrheit von Rot-Rot-Grün möchte die Anhörung mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und Sorgfalt auswerten. Daher wird die Beratung zu den Neuregelungen voraussichtlich noch über den Jahreswechsel dauern.

Um dennoch rechtzeitig die von Beginn an nicht sinnvolle Befristung des geltenden Nachbarrechtsgesetzes aufheben zu können, wird jetzt im Landtag auf jeden Fall über die Entfristung abgestimmt. Die inhaltlichen Neuerungen werden dann aller Wahrscheinlichkeit nach im ersten Quartal 2016 in Kraft treten.

## Kommunikation mit Gehörlosen



*Zu einem Treffen des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der Landtagsfraktion DIE LINKE und des Landesverbandes der Gehörlosen in Thüringen e.V. hatte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion, im November eingeladen. Die Hauptthemen des Informationsaustausches, an dem auch Jörg Kubitzki, gesundheitspolitischer Sprecher, teilgenommen hatte, waren Kommunikationsmöglichkeiten für gehörlose Menschen im Alter, die Einführung der Deutschen Gebärdensprache als Wahlpflichtfach und die Einführung eines Gehörlosengeldes als Nachteilsausgleich in Thüringen.*

*Erika Beyer, 1. Landesvorsitzende des Gehörlosenverbandes, machte, auch im Hinblick auf die immer älter werdende Gesellschaft, deutlich, wie wichtig der richtige Umgang und die Kommunikation mit gehörlosen Menschen in Pflegeheimen und der ambulante Pflege sind. Sowohl der Kontakt zu anderen Gehörlosen als auch die Sensibilisierung hinsichtlich der Verständigung der Pflegerinnen und Pfleger mit den Pflegebedürftigen stellen oftmals eine Herausforderung dar. Eine Vertiefung dieser Themen im Arbeitskreis und das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten wurden vereinbart. Zudem informierte Karola Stange über den aktuellen Stand zum Gehörlosengeld, worüber momentan in den Koalitionsfraktionen diskutiert wird. Eine weitere politische Unterstützung wurde der Vorsitzenden und den Mitgliedern des Gehörlosenverbandes von Seiten der Linksfraktion zugesichert.*

Cordula Eger

Sandra Steck

## DAS INTERVIEW

# Relativierung und Verhöhnung

NACHGEFRAGT bei Katharina König zum NSU-Prozess

„Relativierung und Verhöhnung statt Aufklärung“, so lautet zusammengefasst Deine Einschätzung der „Aussage“ der Angeklagten Beate Zschäpe im NSU-Prozess am Oberlandesgericht München.

Die im Namen von Zschäpe verlesene „Aussage“ entsprach dem, was zu erwarten war. Zschäpe stellte sich als unwissende Mitbewohnerin dar, die angeblich nie an der Vorbereitung von Anschlägen und Überfällen beteiligt war, sondern immer erst im Nachhinein davon erfahren habe. Sie weigerte sich, über andere Angeklagte und weitere Unterstützer zu reden, wollte dem Gericht nur schriftlich antworten und hatte angekündigt, auf Fragen von Nebenklägern und Bundesanwaltschaft nicht eingehen zu wollen.

Das alles belegt doch nur, dass ihr nicht an Aufklärung gelegen ist, sondern darum geht, eine erwartbare lange Haftstrafe zu mildern.

**Und es steht in keinem Verhältnis zum Leid der Angehörigen der Opfer?**

Nicht nur, dass die gesamte Aussage eine einzige Ausrede und ein hilfloser Versuch war, sich irgendwie zu retten, Zschäpe stilisiert sich auch noch als das eigentliche Opfer und verhöhnt damit die zehn ermordeten Menschen und ihre Angehörigen, die das inszenierte Schauspiel mit ansehen mussten. Damit folgt Zschäpe einer langen

neonazistischen Tradition: immer dann, wenn Neonazis Verantwortung für ihre Taten übernehmen sollen, gerieren sie sich selbst als Opfer – wahlweise des Staates, der Linken, der Ausländer. Zschäpes „Aussage“ war der klassische Versuch, die Szene zu retten, den Kameraden treu zu bleiben und weiter der neonazistischen Ideolo-



gie zu folgen. Ich möchte auch daran erinnern, dass sie bereits in den 90er Jahren in Jena eine der aktiven Neonazi-Frauen war, eigenständig und ideologisch gefestigt. Und sie hat auch selbst zugeschlagen.

**Was hältst Du von Zschäpes „moralischem Schuldeingeständnis“?**

Es ist der Gipfel an Heuchelei, dass sie angab, sie fühle sich moralisch schuldig, weil sie die Morde nicht ver-

hindern konnte. Und wenn Zschäpe im selben Atemzug behauptet, erst nach den Morden in unterschiedlichen Zeitabständen informiert worden zu sein, dann muss man ihr doch – nimmt man diese fragwürdige Version an – entgegenhalten: warum ist sie nicht zur Polizei gegangen, warum hat sie weiteres Morden nicht verhindert.

Das einzig Verwertbare aus der „Aussage“ ist, dass sie diversen Verschwörungstheorien nun die Grundlage entzieht. Von der Angeklagten kein Wort von Reue und eine unglaubliche Entschuldigung am Ende. Den Opferangehörigen gilt mein Mitgefühl.

**Welche Konsequenzen siehst Du auch, auch als Obfrau der Linksfraktion im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags?**

Beate Zschäpe hat die theoretische Chance gehabt, Antworten auf die wichtigen Fragen zu geben. Sie hat ihre Chance verstreichen lassen. Umso notwendiger ist es, über die Untersuchungsausschüsse das Netzwerk des NSU-Kerntrios sowie viele offene Fragen zum Wissen von Geheimdiensten aufzuarbeiten und somit zu versuchen, den Opferangehörigen Antworten auf ihre Fragen zu geben.

## Kluger Beobachter: Landolf Scherzer hat „Der Rote“ veröffentlicht

Landolf Scherzer, von dem niemand, der ihn kennt, wirklich glaubt, dass er im April 74 geworden ist, hat ein neues Buch veröffentlicht. „Scherzers Reportagen über den ‚Ersten‘ und den ‚Zweiten‘ sind legendär“, heißt es beim Aufbau Verlag einleitend zum neuen Werk des Schriftstellers aus Dietzhausen. Für das 1988 erschienene und seinerzeit unerhörte Buch über den 1. SED-Kreissekretär Hans-Dieter Fritschler – sozusagen „Glasnost“ zwischen Buchdeckeln – gilt das uneingeschränkt. An den CDU-Landrat Stefan Baldus, über den Scherzer 1992 schrieb, erinnert sich heute aber wohl kaum jemand (höchstens daran, dass der als Innenstaatssekretär wegen einer nächtlichen Geburtstagsfeier derart wütete, dass die Polizei anrücken musste).

Für Landolf Scherzer ist es Aufgabe der Reportage, dass „sie Wirklichkeit beschreibt“. Seine Stärke sei dabei, so hat die TLZ vor einigen Jahren geschrieben, „der genaue Blick fürs Detail“. Er selbst betont in einem Interview, er habe „in beiden Büchern fast alles aufgeschrieben, was ich erlebt habe“. Sein neues Buch heißt „Der Rote“. Das ist – natürlich – Bodo Ramelow, der erste Ministerpräsident der Linkspartei. Beide kennen sich seit mehr als zwei Jahrzehnten (Stichwort: Bischofferode). Doch Ramelows Amt

fordert Tribut. „Meine Hoffnung, den Ministerpräsidenten mindestens 7 Tage von früh bis spät begleiten zu können, erweist sich als frommer Wunsch“, merkt Scherzer an.

Dennoch beweist er sich wieder als großer Stilist, als kluger Beobachter mit Blick für Wesentliche. Auch bei einem Friseurtermin des Ministerpräsidenten – der Friseurmeister selbst betont, wie ein Arzt der Schweigepflicht zu unterliegen – erfährt der Schriftsteller etwas. Er (Ramelow) „würde jede Ecke von Thüringen kennen, denn nach der Wende war er als Gewerkschafter überall unterwegs“. Scherzer wundert sich denn auch über Bodo Ramelows „phänomenales Gedächtnis“. Inzwischen soll Bodo Ramelow allerdings intern zugegeben haben, zwei Dörfer noch nicht zu kennen...

Er wolle nicht kommentieren, wie Bodo Ramelow sei, hat Landolf Scherzer in einem Interview mit der Thüringer Allgemeinen gesagt. Jeder könne über das Aufgeschriebene selbst urteilen. Dazu soll hier ausdrücklich motiviert werden. Einige Rezensionen sind erschienen. Eher präventiv geht es in der Süddeutschen Zeitung zu: „Landolf Scherzer wollte ein Buch über die Revolution und ihren Anführer schreiben, und dass ihm beides nicht gelungen ist, darf man durchaus als gute Nach-



richt begreifen.“ Scherzer konfrontiere seine Gesprächspartner „von seinem linken Standpunkt mit unbequemen und teils launischen Fragen“, schätzt die TLZ ein.

Stefan Wogawa

Landolf Scherzer: *Der Rote. Macht und Ohnmacht des Regierens*, Aufbau Verlag Berlin 2015, 363 Seiten, ISBN 978-3-351-03621-8, 19,95 EUR

## KURZ UND PRÄGNANT

### Höckes Rassismus

Erneut hat der thüringische AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke mit Anleihen an völkische Rhetorik für einen Eklat gesorgt. In einem Vortrag beim rechten „Institut für Staatspolitik“ postulierte er zwei verschiedene Menschentypen, indem er biologische Theorien über unterschiedliche Fortpflanzungsstrategien von Lebewesen auf den Menschen übertrug: „Die Evolution hat Afrika und Europa, vereinfacht gesagt, zwei unterschiedliche Reproduktionsstrategien beschert“, so Höcke, der vor einem „lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp“ warnte. Europa müsse seine Grenzen sichern, als Schutz vor dem „Bevölkerungsüberschuss Afrikas“, und um zu erreichen, dass afrikanische Staaten zu einer „ökologisch nachhaltigen Bevölkerungspolitik“ finden. Kritiker warfen Höcke daraufhin Rassismus vor, Landtagspräsident Christian Carius (CDU) nannte ihn einen Rechtsextremisten.

Beides zu Recht, wie eine kurze Analyse zeigt. Der in Tunis geborene französische Soziologe Albert Memmi definiert Rassismus weithin anerkannt als „die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen“. Die biologische Unterscheidung verschiedener „Menschenrassen“ stammt aus der anthropologischen Forschung des 18./19. Jahrhunderts, wie der Wissenschaftshistoriker Uwe Hoßfeld (Universität Jena) erläutert: Rassismus sei hier wissenschaftlich begründet worden, um beispielsweise Hierarchisierungen rechtfertigen zu können.

In Hitlers „Mein Kampf“ und später in der Ideologie der NSDAP spielten – Ergebnis einer eklektischen Verarbeitung von Sozialdarwinismus, biologischem Rassismus, Antisemitismus und okkultistischen Phantastereien – Thesen von höheren und niederen Rassen, die miteinander im Kampf liegen, sowie Warnungen vor „Rassenmischung“ eine wichtige Rolle. Sie kulminierten in Holocaust und rassenideologischem Vernichtungskrieg. Nach dem Ende des Faschismus waren biologische Rastheorien verständlicherweise diskreditiert, es fand indes, wie der Politologe Christoph Butterwegge schreibt, eine Metamorphose vom biologischen zum Kulturrassismus („Ethnopluralismus“) statt. Höcke geht in seinen Vortrag jedoch geradezu idealtypisch zum biologischen Rassismus, wie er auch für Hitler und die NSDAP kennzeichnend war, zurück.

Stefan Wogawa

# Mehr Rückenwind für Mitbestimmungsrechte

„Für eine funktionierende Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern am Wirtschaftsstandort Thüringen sind starke Betriebsräte notwendig, die auf Augenhöhe mit der Arbeitgeberseite verhandeln können“, erklärte der LINKE Landtagsabgeordnete Rainer Kräter anlässlich der 5. Betriebs- und Personalrätekonferenz, die am 3. Dezember in Erfurt stattgefunden hatte.

„Echte konstruktive Beziehungen zwischen Unternehmensführung und Betriebs- oder Personalrat vermindern innerbetriebliche Konflikte, fördern Innovationsprozesse und stehen für höhere Produktivität. Das alles sorgt für gute Arbeitsbedingungen, die wir in Thüringen benötigen, um für die Beschäftigten attraktiv zu sein“, so der gewerkschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion weiter.

In vielen Gesprächen hat sich der Abgeordnete vom großen Engagement der Betriebs- und Personalräte überzeugen können. Bei aller positiven Entwicklung dürften jedoch nicht die Augen davor verschlossen werden, dass „bei weitem noch nicht in allen Betrieben Betriebsräte vorhanden sind und dort, wo sich diese bilden wollen, teilweise massiver Widerstand durch die Arbeitgeberseite entgegengebracht wird. Amtsenthebungsverfahren und Kündigungen gegen Betriebsräte gehören in die Mottenkiste. Streit muss

sein, aber immer auf Augenhöhe und stets konstruktiv. Dort, wo Beteiligungsrechte verletzt werden, setze ich mich für eine nachhaltige Sanktion gegen die Arbeitgeber ein. In der Entwicklung der Betriebsverfassung gibt es noch viel Luft nach oben. Das muss man dem Bundesgesetzgeber immer und immer wieder sagen. Insoweit danke ich Sandro Witt, dem stellvertretenden DGB-Bezirksvorsitzenden Hessen-Thüringen, für seine klaren Worte, die er in seinem Grußwort an den Bundesgesetzgeber adressiert hat“.

**Die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ina Leukefeld, die an der Konferenz teilgenommen hatte, sagte:**

„Mit Freude habe ich zur Kenntnis nehmen können, dass es einen Aufbruch in Sachen Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Thüringen gibt. Eine zwar noch geringe, aber wachsende Anzahl von Betriebsräten und ein Generationswechsel der Akteure tragen dazu bei, das Ende der Bescheidenheit einzuläuten. Wir leben in Thüringen aufgrund eines stabilen Arbeitsmarktes in einer Vollerwerbsgesellschaft, die aber noch immer prekär organisiert ist.

Deshalb bleibt die Forderung nach guter Arbeit, nach einer Begrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen, nach einem Ende sachgrundloser Befristungen und ungewollter Teilzeit ein wichtiges Thema der LINKEN. Im Übr-

gen hat es sich als richtig herausgestellt, mit dem Image von Thüringen als Niedriglohndland aufzuräumen. Dabei hat die Durchsetzung des Mindestlohnes geholfen, aber wir werden nicht aufgeben, bis er auch für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für jede geleistete Stunde Arbeitszeit gilt und schrittweise auch angehoben wird. Die LINKE fordert seit langem eine tarifgebundene Bezahlung und einen Mindestlohn nicht unter 10 Euro.

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag unterstützt die Bemühungen, tarifgebundene Unternehmen zu stärken und den Anteil tarifgebundener Beschäftigter – das ist weniger als jeder zweite in Thüringen – zu erhöhen. Junge Fachkräfte, so wurde wiederholt auf der Konferenz festgestellt, wollen jetzt gute Löhne, mit denen es sich gut leben lässt. Sie sind sich ihrer Fähigkeiten durchaus bewusst und fordern von den Unternehmen angesichts des Fachkräftebedarfes auch aktives Handeln zum Abbau der Lohnunterschiede zwischen Ost und West.

Sie sind bereit, für ihre Rechte zu kämpfen und die LINKE will sie dabei unterstützen. Insofern bleibt Lohngerechtigkeit ein wichtiges Thema und ist entscheidend zur Verhinderung künftiger Altersarmut. Allerdings braucht es dazu engagierte Betriebsräte, hinter denen auch starke Gewerkschaften stehen. Wir haben vor, im kommenden Jahr diesbezüglich eine Initiative im Thüringer Landtag zu starten.“ ■

## Alternative 54 e.V. unterstützt Karateverein Dröbnitz



Über 200 Euro der Alternative 54 e.V., den Zusammenschluss von Abgeordneten der Linksfraktion (und früher der PDS), die seit 1995 einen Teil ihrer Diäten an soziale, kulturelle und ehrenamtliche Vereine sowie Jugendprojekte weitergeben, freut sich der Karateverein Dröbnitz. Im südlichsten Ortsteil von Blankenhain (Weimarer Land) ansässig, ist der Verein seit über 20 Jahren in der Region im Breitensport tätig. In der hoch verschuldeten Gemeinde will er es vielen Interessierten, ein-

schließlich Hartz IV-Empfängern und ihren Familien, ermöglichen, sich sportlich zu betätigen. Deshalb hat sich der Vorstand für sehr niedrige Mitgliedsbeiträge entschieden, der Verein setzt auf Spender und Sponsoren.

Frank Kuschel, Mitglied der Alternative 54, hatte sich erneut für eine Unterstützung eingesetzt. Sie geht diesmal an die Kenko Kempo-Sparte des Kampfsportvereins. Die von Stefan Wogawa trainierte Gruppe betreibt eine spezielle Stilrichtung, die vor allem

für Späteinsteiger, Ältere und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen geeignet ist. Kenko Kempo (frei übersetzt „Weg der Faust für die Gesundheit“) verbindet dazu das Training von Karatetechniken mit Entspannungsübungen aus dem Tai Chi. Der älteste Teilnehmer ist bereits 67! Das erfordert besonders gut ausgebildete Übungsleiter, die sich regelmäßig weiterbilden müssen. Frank Kuschel gehört schon seit 2008 zu den Sponsoren des Karatevereins Dröbnitz. -wo ■

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Das Jahresletzte

Keine Jahresbilanz, dafür zwei Themen aus dem letzten Monat:

Bei der Stadtratssitzung in Blankenhain verteilte der Bürgermeister das Papier einer „Arbeitsgemeinschaft Selbstverwaltung“. Die ist gegen das Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ der Landesregierung und verteilt Unterschriftenlisten. Mehr schlecht als recht „argumentiert“ man mit allerlei apokalyptischen Mutmaßungen, vor allem mit Warnungen vor einem angeblichen Ende der „bürgerlichen Selbstverwaltung“, ja einem, so die emsigen Wortakrobaten, „Umpflügen der Demokratie“. Erst auf der Unterschriftenliste wird dann sozusagen die Katze aus dem Sack gelassen. Unterschriftsleistende befürworten nämlich vor allem „die Beibehaltung (...) der Verwaltungsgemeinschaft“. Die Selbstverwalter sind – wen wundert es – eine Art Selbsthilfegruppe der Vorsitzenden von Verwaltungsgemeinschaften. Es geht also um Eigeninteressen.

Im Kreistag Weimarer Land beantragte Dr. Wolfgang Prabel (erst CDU, dann FDP, jetzt AfD) bei der Beratung des Kreishaushalts, die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten abzuschaffen. Rache muss sein, scheiterte die AfD bei der Bundestagswahl doch auch wegen der Ablehnung durch Frauen? Eine große Kreistagsmehrheit lehnte den offenen Aufruf zum Rechtsbruch ab: nach Paragraphen 111 und 33 der Kommunalordnung ist im Kreis deren Bestellung verpflichtend. Auch Prabels weitere Anträge wurden abgelehnt, was ihn wieder etwas geerdet haben dürfte. In den Texten seines an die genormte AfD-Klientel gerichteten Blogs träumt der Weltphilosoph aus Mechelroda, dessen Ingenieurbüro über öffentliche Aufträge nicht zu klagen hatte, schon von der „Revolution“ durch Pegida und philosophiert über eine „Lügenpresse“ sowie „Auflösungserscheinungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft“. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.